Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Welche Reaktion des Kreml würde die Lieferung von Tomahawk-Raketen für die Ukraine auslösen?
2. Atempause für Gaza: »Es gibt bisher keinerlei belastbare Garantien«
3. Syrien am Rande eines neuen Bürgerkriegs
4. Milliarden für Drohnenabwehr
5. Der Krieg der Worte
6. „Sprengstoff für die Demokratie“ – Neuer Regierungsbericht: Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich
7. Im deutschen Grundgesetz steht: «Eigentum verpflichtet.»
8. Steuerhinterziehung durch Pfandflaschen? Schwelle ist überraschend schnell erreicht
9. Aktivrente – wie viel Geld bei arbeitenden Rentnern ab 2026 ankommt
10. Wacht endlich auf!
11. US-Sanktionen: Serbiens Ölversorgung bricht zusammen – Putin verliert wichtigen Partner
12. EU plant sechs neue »KI-Gigafactories«
13. Chatkontrolle: Ineffektiv, grundrechtswidrig und unverhältnismäßig
14. Nach aberkanntem Preis für Nahost-Aktivistin: Eklat bei Grimme Online Award – Zwei Gewinner lehnen Auszeichnung ab
15. Friedensnobelpreis

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Welche Reaktion des Kreml würde die Lieferung von Tomahawk-Raketen für die Ukraine auslösen?**
   Die Ukraine will in Zukunft vermehrt Ziele in Russland angreifen. Aus Sicht von Kiew ist das vernünftig, weil die Kämpfe an der Front ein langsames Vorrücken der russischen Truppen zeigen und Russland die Drohnen- und Raketenangriffe auf die Infrastruktur im ganzen Land verstärkt. Dagegen haben die ukrainischen Angriffe auf die auch mit Drohnen leicht verwundbaren und kaum zu schützenden Ölanlagen wie Raffinerien und Pipelines Erfolge gezeigt. Benzin wurde knapper in Russland, die Preise stiegen, es wurden Exportverbote verhängt.
   Selenskij drohte bereits damit, die Energieinfrastruktur von Moskau anzugreifen und einen Blackout zu bewirken, wenn es in der Ukraine zu einem Stromausfall kommt. Das habe er auch mit US-Präsident Trump besprochen, der danach die russische Armee als „Papiertiger“ bezeichnet hatte.
   Quelle: Overton Magazin

   Anmerkung unseres Lesers J.S.: *Solche Zündeleien, also die Lieferung von Tomahawk-Raketen oder anderer weitreichender Raketen an die Ukraine, kann jederzeit dazu führen, dass Russland seine wiederholten Ankündigungen zu eskalieren realisieren wird. Der Unterschied zu diesen riskanten Spielchen - Putin blufft doch nur- ist, dass daraus der dritte Weltkrieg werden kann und sich für uns die Hölle öffnen wird. Wer hat diesen Leuten erlaubt, um unser Schicksal zu pokern?*

2. **Atempause für Gaza: »Es gibt bisher keinerlei belastbare Garantien«**
   Palästina: Offizielle Waffenruhe in Gaza verkündet. Ob Angriffe langfristig stoppen, ungewiss. Ein Gespräch mit Mohssen Massarrat […]
   Ganz sicher führte der große Druck von Donald Trump auf Benjamin Netanjahu zu der Einigung über die erste Phase des Friedensplans. Die Zustimmung von Hamas beruht wohl darauf, dass sie unter enormen Druck der Hauptunterstützerstaaten Katar und Türkei sowie der meisten arabischen Staaten steht. Eine größere Rolle dürfte jedoch gespielt haben, dass Hamas selbst am Ende ihrer Kräfte steht und der Bevölkerung nicht noch mehr Leid zumuten kann. Die Freilassung der israelischen Geiseln ist zu begrüßen. Auch sind die Wiederaufnahme von humanitären Lieferungen nach Gaza sowie ein Teilrückzug der israelischen Armee zu erwarten.
   Quelle: junge Welt

   dazu: **Ein „Friedensplan“ aus Lügen, Erpressungen und imperialen**

Anmaßungen
Wenn sich jemand erinnern will: Einen solchen „Friedensplan“ (Waffenstillstandabkommen) gab es schon einmal, Ende des Jahres 2023: Man wusste schon vorher, dass der Plan vor allem aus Lug und Trug besteht. Die faschistischen Minister im Kriegskabinett Netanjahus hatten es laut und öffentlich gesagt. Nach der „ersten Phase“ (Austausch von Geißeln und Hilfslieferungen nach Gaza) des Abkommens werden sie aus der Regierung aussteigen, wenn es zu einer zweiten Phase (Rückzug der israelischen Armee) kommen soll. Das war dann auch der Deal zwischen Netanjahu und Trump. Nachdem die erste Phase vorbei war, erklärte Trump, dass jetzt nur die Hölle gilt, der Rest sei nicht einmal das Papier wert. Die israelische Armee setzte ihren Vernichtungskrieg fort und eskalierte diesen auch im Westjordanland, mit Terror, Annexionen und weiteren Siedlungen im besetzten Gebiet.
Was in dem jetzigen „Friedensplan“ steht, erinnert bestenfalls an die erste Phase, also an einen geplanten Bruch des Abkommens.
Quelle: Wolf Wetzel

dazu auch: **Warum Trump nicht einmal Applaus verdient**
Trump war für die Weiterführung Israels genozidalen Krieges verantwortlich und hat ihn beendet, als es opportun war. Ihn dafür zu loben, ist grotesk.
Quelle: taz

3. **Syrien am Rande eines neuen Bürgerkriegs**
   Der – selbsternannte – syrische Präsident al-Sharaa lobt die Wahlen als Meilenstein im politischen Wandel des Landes. Diese seine Aussage ist allerdings mit äußerster Vorsicht zu genießen.
   Für den syrischen Interimspräsidenten Ahmed al-Sharaa begann diese Woche unter einem augenscheinlich guten Stern: Einen Tag zuvor hatten in seinem Land die ersten Parlamentswahlen seit dem Sturz des ehemaligen Machthabers Baschar al-Assad ohne nennenswerte sicherheitspolitische Zwischenfälle stattgefunden. Diese Abstimmung sei ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung, sagte er strahlend der Presse. Sie symbolisiere einen Meilenstein im politischen Wandel seines Landes. (…)
   Dabei waren diese Wahlen weder frei noch repräsentativ.
   Quelle: Globalbridge
4. **Milliarden für Drohnenabwehr**
   Seit Tagen hält eine angebliche Drohnengefahr die hiesige Medienlandschaft auf Trab. Derweil schließt der deutsche Rüstungsriese Rheinmetall wohl den

nächsten Milliardendeal ab: Noch in diesem Jahr soll die Bundeswehr mehr als 600 Systeme zur Drohnenabwehr beim Düsseldorfer Konzern bestellen, die bis 2030 ausgeliefert werden sollen. Das berichtete das Handelsblatt am Freitag. Die Kosten für die Geschützturmsysteme »Skyranger« im Paket mit den dazugehörigen Panzern sollen demnach mehr als neun Milliarden Euro betragen, heiße es aus dem Verteidigungsministerium.
In Industriekreisen zweifelt man jedoch daran, ob das System überhaupt für den Einsatz im Inland geeignet ist: »Die Munition, die der Skyranger verschießt, zerberstet in der Luft und hinterlässt Tausende von kleinen, sehr heißen Wolframpartikeln, die zu Boden fallen. So etwas kann man in dicht besiedelten Orten nicht verwenden, an Flughäfen schon gar nicht«, so ein Insider dem Handelsblatt zufolge.
Quelle: junge Welt

5. **Der Krieg der Worte**
   Die neuen Begriffe, mit denen die Menschen auf bewaffnete Auseinandersetzungen eingeschworen werden sollen, sind alles andere als harmlos.
   Es ist Herbst 2025, und Deutschland wirkt erschöpft. Die politischen Schlagzeilen sind geprägt von Krisen, die sich aneinanderreihen wie Dominosteine, die längst ins Kippen geraten sind: Krieg in Europa, wirtschaftliche Stagnation, politische Orientierungslosigkeit. Statt Klarheit dominiert ein gefährliches Spiel mit Worten. Kanzler Friedrich Merz spricht davon, dass „wir nicht im Krieg“ seien, nur um wenige Atemzüge später zu betonen, dass wir „irgendwie doch mittendrin“ stecken. Verteidigungsminister Boris Pistorius ruft nach „Kriegsfähigkeit“ und nach einer Bundeswehr, die nicht nur verteidigen, sondern „abschrecken und handeln“ soll. Und CDU-Hardliner Roderich Kiesewetter treibt die Debatte weiter voran, indem er jede Zurückhaltung als Schwäche brandmarkt. Was sich hier entfaltet, ist mehr als ein politischer Diskurs. Es ist ein rhetorischer Ausnahmezustand, der längst Realität formt.
   Quelle: Günther Burbach auf Manova
6. **„Sprengstoff für die Demokratie“ – Neuer Regierungsbericht: Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich**
   Jeder 6. Mensch in Deutschland lebt in Armut. Das belegt auch der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Gleichzeitig besitzt das reichste Zehntel über 54% des Vermögens, während die untere Hälfte der Bevölkerung nur 3% des Vermögens besitzt. „Diese soziale Spaltung ist Sprengstoff für unsere Demokratie”, fasst Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer

des Paritätischen Gesamtverband, den 683-seitigen Bericht zusammen.
Der Paritätische Gesamtverband bewertet den Entwurf des Siebten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung als ernüchterndes Dokument der sozialen Schieflage in Deutschland. „Der Bericht zeigt glasklar: Armut bleibt in Deutschland ein Massenphänomen, das sich zunehmend verfestigt.
Gleichzeitig wird das Thema Reichtum weitgehend ausgeblendet – das ist ein fatales politisches Signal“, erklärt Joachim Rock.
Quelle: Der Paritätische

dazu auch: **0,5 Prozent für die Gerechtigkeit**
Warum endlich die Reichen zahlen müssen und nicht die Armen.
Es ist ein Trauerspiel, das sich Jahr für Jahr wiederholt. Sobald die Haushaltszahlen nicht stimmen, sobald ein paar Milliarden im Bundesetat fehlen, sobald eine Krise den Staatshaushalt in Schieflage bringt, passiert fast reflexhaft dasselbe: Man stürzt sich auf die Schwächsten.
Bürgergeldempfänger werden durch die Schlagzeilen gejagt, Erwerbslose an den Pranger gestellt, Familien in prekären Verhältnissen zu „Leistungsunwilligen“ erklärt. Immer wieder sollen die kleinen Leute den Kopf hinhalten, immer wieder wird nach unten getreten.
Dabei weiß jeder, der einmal genauer in die Zahlen geschaut hat: Das große Geld liegt nicht bei den Armen, sondern bei den Reichen. Aber dorthin zu greifen, dorthin zu schauen, dazu fehlt der politische Wille. Warum? Weil die, die entscheiden, oft selbst zu jener Kaste gehören, die man eigentlich belasten müsste. Ein Bundestagsabgeordneter, der sich im maßgeschneiderten Anzug vor die Kamera stellt und davon redet, dass „gespart werden müsse“, der weiß natürlich, dass er sich selbst mit einer Luxussteuer treffen würde. Man bestraft sich eben ungern selbst.
Quelle: Günther Burbach im Overton Magazin

7. **Im deutschen Grundgesetz steht: «Eigentum verpflichtet.»**
   Ende November kommt die Juso-Initiative für eine Erbschaftssteuer vors Volk. Auch in Deutschland macht man sich Gedanken zum Thema.
   Im kommenden Jahr wird die bayerische Verfassung 80 Jahre alt. Markus Söder, der bayerische Ministerpräsident, hat also, bevor er jubelnde Jubiläumsreden hält, noch ausgiebig Zeit, diese Verfassung auch zu lesen. Das hat er offenbar bisher nicht gründlich genug getan. Seine aktuellen Reden zur Steuerpolitik haben nämlich mit den Artikeln dieser bayerischen Verfassung nichts, gar nichts zu tun.

Quelle: Heribert Prantl auf Infosperber

8. **Steuerhinterziehung durch Pfandflaschen? Schwelle ist überraschend schnell erreicht**
   Ein paar Flaschen am Tag, ein paar Euro im Monat und plötzlich steht das Finanzamt vor der Tür. Die Schwelle, ab der Pfandeinnahmen steuerpflichtig werden, ist niedriger, als viele vermuten. Wer regelmäßig sammelt und ein Einkommen bezieht, kann schneller als gedacht die entscheidenden Grenzen überschreiten. Besonders heikel: Bei Sozialleistungen zählt oft schon der erste Euro und auch Rentner müssen aufpassen.
   Quelle: FR Online

   Anmerkung Christian Reimann: *Nichts geht über deutsche Gründlichkeit – insbesondere im Steuerrecht. Die setzt jedoch aus, wenn es um die Milliarden-Beträge von Steuerhinterziehung durch Reiche und Vermögende geht. Bisher ist nichts darüber zu lesen, dass der amtierende Bundesfinanzminister Klingbeil daran etwas ändern möchte.*

9. **Aktivrente – wie viel Geld bei arbeitenden Rentnern ab 2026 ankommt**
   Die neue Aktivrente ist steuerfrei – aber Sozialabgaben schmälern auch künftig die Netto-Einnahmen arbeitender Rentnerinnen und Rentner. Was bringt die Aktivrente dem Staat? Wer kann sie nutzen? Die wichtigsten Fragen und Antworten im Überblick. (…)
   Müssen Aktivrenter Sozialabgaben zahlen?
   Ja, die künftigen Aktivrenterinnen und -rentner zahlen auf ihre Zusatzeinkünfte Sozialabgaben, und zwar in der Regel Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Eigentlich gilt für Rentner, dass sie den halben Satz des Krankenversicherungsbeitrags selbst zahlen müssen. Aktivrentner dagegen müssen den vollen Satz der Krankenversicherung zahlen, damit ihnen Krankengeld zusteht. Davon geht Finanzexperte Tenhagen aus.
   Quelle: mdr
10. **Wacht endlich auf!**
    Laut einer Insa-Umfrage vom 21. September hat die AfD die CDU knapp überholt, zusammen kommen sie bundesweit auf 51 Prozent. Andere realistische Regierungskoalitionen als eine blauschwarze wären bei einem solchen Wahlergebnis nicht denkbar – es sei denn, die CDU hält an der Brandmauer fest und bildet mit den anderen kleineren Parteien ein „antifaschistisches“ Bündnis. Dazu wird es nicht kommen. Wenn die Stärkung der AfD fortschreitet – wofür leider viel spricht –, wird die Brandmauer

Geschichte sein. (…)
Der typische Reflex aus bestimmten Kreisen – „Wir müssen die AfD jetzt endlich verbieten!“, oder „Wir müssen die AfD aus dem öffentlichen Diskurs raushalten, um sie zu marginalisieren“ – zeugt von einem gefährlichen Unverständnis der Situation. Wer so reagiert, ist nicht aufgewacht. Davon lässt sich kein (potenzieller) AfD-Wähler beeindrucken. Er oder auch sie nimmt solche Reaktionen eher als Beleg dafür, dass man richtig liegt.
Quelle: Heinrich Röder auf Makroskop

11. **US-Sanktionen: Serbiens Ölversorgung bricht zusammen – Putin verliert wichtigen Partner**
Die US-amerikanischen Sanktionen gegen die serbische Öl-Firma Naftna Industrija Srbije (NIS) sind am 9. Oktober 2025 in Kraft getreten und setzen seither Putins Handelspartner massiv unter Druck. Wie der Kyiv Independent berichtete, erhielt das russisch kontrollierte Unternehmen keine Verlängerung seiner US-Sanktionsbefreiung mehr. „Die spezielle Lizenz des US-Finanzministeriums, die einen reibungslosen operativen Geschäftsbetrieb ermöglicht, wurde noch nicht verlängert“, teilte NIS in einer offiziellen Erklärung mit.
Quelle: FR Online
12. **EU plant sechs neue »KI-Gigafactories«**
Die EU plant den Bau von sechs weiteren großen Rechenzentren für »künstliche Intelligenz«, sogenannte »KI-Fabriken«. In Tschechien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien und den Niederlanden sollen nun KI-»Gigafactories« entstehen, wie die EU-Kommission mitteilte. Sie sollen demnach Start-ups, kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Industrie direkten Zugang zu KI-optimierten Supercomputern bieten.
Dafür investieren die Mitgliedsstaaten zusammen mit der EU laut Mitteilung über mehr als 500 Millionen Euro. Die EU möchte bei der Entwicklung von KI aufholen und sich von technischen Abhängigkeiten befreien. Die USA gelten als Marktführer bei der Technologie und auch China hat eine Vorreiterrolle.
Aus der BRD hatten die Deutsche Telekom, der Cloudanbieter Ionos und die IT-Tochter der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) Interesse angemeldet, aber keinen Erfolg bei der Bewerbung gehabt. Den Zuschlag für eine »KI-Fabrik« gab es hingegen im vergangenen Jahr für das KI-Projekt »HammerHai« in Stuttgart. Insgesamt hat die EU bisher 19 Standorte für solche Rechenzentren ausgewählt.
Quelle: junge Welt

Anmerkung Christian Reimann: *Es stellt sich die Frage, woher die Energie für solche Rechenzentren kommen soll. Es ist nicht verwunderlich, dass Deutschland als Standort keinen Zuschlag bekommen hat.*

13. **Chatkontrolle: Ineffektiv, grundrechtswidrig und unverhältnismäßig**
    Man stelle sich einmal vor: Ein Gesetz verpflichtet die Deutsche Post, jeden Brief zu öffnen, um auf gut Glück zu prüfen, ob darin etwas Verbotenes steht. Die Empörung der gesamten Öffentlichkeit wäre groß – und das zu Recht. Doch genau das droht im digitalen Raum.
    Wenn wir digitale Nachrichten verschicken, seien es nun E-Mails, SMS oder Messenger-Nachrichten, benutzen die meisten von uns eine Art digitalen Briefumschlag. Dabei sorgt „Ende-zu-Ende“-Verschlüsselung dafür, dass nur der Absender und der Empfänger wissen können, was in der Nachricht steht. Verschlüsselte und unverschlüsselte Nachricht verhalten sich zueinander wie der Brief zur Postkarte. Der Briefumschlag schützt den Inhalt vor fremden Blicken, während die Postkarte jeder lesen kann, der sie in die Finger bekommt.
    Quelle: FR Online
14. **Nach aberkanntem Preis für Nahost-Aktivistin: Eklat bei Grimme Online Award – Zwei Gewinner lehnen Auszeichnung ab**
    Die seit Wochen umstrittene Aberkennung einer Ehrung für die junge Nahost-Aktivistin Judith Scheytt hat für einen Eklat beim Grimme Online Award gesorgt. Zwei Preisträger der Auszeichnung für Netzjournalismus, die Regisseure Moritz Riesewieck und Hans Block, nahmen den Preis am Mittwochabend bei der Gala-Veranstaltung nicht an. Die Regisseure sollten einen Sonderpreis für ihren Report „Eternalyou“ über KI-generierte Angebote zur fiktiven Kommunikation mit Verstorbenen bekommen.
    Quelle: Tagesspiegel
15. **Friedensnobelpreis**
    Das politisch undurchsichtige norwegische Komitee für den Friedensnobelpreis hat in diesem Jahr die venezolanische Politikern Maria Corina Machado für den Preis nominiert. Was die Dame für den „Frieden“ unternommen haben soll, ist unklar. In der Begründung für die Verleihung des Preises an Machado heißt es: „Als Anführerin der Demokratiebewegung in Venezuela ist Machado eines der außergewöhnlichsten Beispiele zivilen Mutes im Lateinamerika der jüngeren Zeit“, heißt es in der Erklärung des Komitees.
    Quelle: Rationalgalerie

dazu: **Wenn María Corina Machado den Friedensnobelpreis erhält, hat „Frieden“ seine Bedeutung verloren**
Kein Friedenssymbol. Sie steht für Putsche, Sanktionen und Militärintervention in Venezuela
Als ich die Schlagzeile „María Corina Machado erhält den Friedenspreis“ sah, hätte ich fast über die Absurdität gelacht. Aber ich habe es nicht getan, denn es ist nichts Lustiges daran, eine Person auszuzeichnen, deren Politik so viel Leid verursacht hat. Wer weiß, wofür sie steht, erkennt, dass an ihrer Politik nichts auch nur annähernd Friedliches ist.
Wenn dies im Jahr 2025 als „Frieden“ gilt, dann hat der Preis selbst jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Als Venezolanerin und US-Amerikanerin kenne ich genau, wofür Machado steht.
Sie ist das lächelnde Gesicht der Washingtoner Regimewechselmaschine, die gewandte Sprecherin für Sanktionen, Privatisierung und ausländische Interventionen, präsentiert im Gewand der Demokratie.
Quelle: amerika21

Anmerkung Christian Reimann: *Sie wurde von der Wahl in Venezuela ausgeschlossen. Auch in der EU und selbst in Deutschland sind Kandidaten von Wahlen ausgeschlossen worden. Können die demnächst auch damit rechnen, den Friedensnobelpreis zu bekommen?*

dazu auch: **Frieden hat keine Bedeutung, wenn Rechte wie Maria Corina Machado den Nobelpreis gewinnen**
Als ich die Schlagzeile „Maria Corina Machado erhält den Friedensnobelpreis“ sah, hätte ich fast über die Absurdität gelacht. Aber ich tat es nicht, denn es ist nicht lustig, jemanden zu belohnen, dessen Politik so viel Leid gebracht hat. Jeder, der weiß, wofür sie steht, weiß, dass an ihrer Politik nichts auch nur im Entferntesten friedlich ist. Ein Kommentar.
Quelle: Overton Magazin

und: **Der Umsturznobelpreis**
Die Vergabe des sogenannten Friedensnobelpreises an María Corina Machado ist Ergebnis der Entscheidung des Nobelpreiskomitees, die Aggressionspolitik von US-Präsident Donald Trump gegen Venezuela zu fördern.
Quelle: German Foreign Policy